

## Forum Ordnungsrechtliche Unterbringung 2.0

### Thesenspeicher und Forderungen

- Mindeststandard bei ordnungsrechtlicher Unterbringung
- Fachberatungsstellen sollten direkt an die Unterkünfte angebunden sein (bspw. wie in Freiburg, bei Aufenthalt länger als drei Tage, sofortige Vermittlung an die passende Stelle)
- Fachstellen noch stärker in die Öffentlichkeit positionieren (Beispiel Ostfildern – „Gemeindeblättle“, Kontakt mit Vermietern)
- Eine Initiative aus dem NAP ist die Beauftragung der GISS zu einem Empfehlungsschreiben zur ordnungsrechtlichen Unterbringung
- Beispiel aus Stuttgart: EU-Bürger mit Arbeitnehmerstatus bekommen eine Unterkunft durch die Finanzierung aus dem SGB II, kein Arbeitnehmerstatus Unterbringung nur im Winter. Besonders problematisch bei Familien (typische Aufenthaltsorte in den Parks Stuttgarts), keine abgestimmte Strategie mit dem Jugendamt
- Wohnungsnotfallhilfe ist mittlerweile ein Auffangbecken für Menschen mit multiplen Problemlagen, bei denen sich kein Sozialleistungssystem verantwortlich fühlt, die Perspektive kann aber kein Ausbau der ordnungsrechtlichen Unterbringung sein
- Das durchschnittliche Sterbealter liegt bei ca. 50 Jahren. Es braucht dringen eine besser medizinische und pflegerische Versorgung
- Housing First und ABW funktioniert gleichzeitig
- Wichtigkeit der ordnungsrechtlichen Unterbringung muss auch in den Verwaltungsebenen deutlich werden
- Unterkünfte müssen barrierearm gestaltet werden
- Beispiel Ostfildern: Grundsatzentscheidung viel Wohnraum zu schaffen, 650 Plätze sollen innerhalb 10 Jahre geschaffen werden
- Kommunen sollten eigenständigen Wohnraum schaffen
- Institutionalisierte Zugang muss zudem geschaffen werden
- Perspektiven aus dem ländlichen Raum – geflüchtete Menschen oder wohnungslose Menschen wollen nicht aus den Unterkünften raus in eigenen Wohnraum (verschiedene Gründe), eventuelle Lösung hierfür wäre, den Übergang gut zu gestalten und die Aufklärung darüber, dass die Unterkünfte befristete Lösungen sind
- Landkreis Esslingen: „Sozialhotels“ sollen durch ABW ersetzt werden, dafür hat es aber einen freien Träger gebraucht, der aufsuchend tätig geworden ist
- HotelPlus in Stuttgart: Für Menschen, die psychisch krank sind, eigentlich EGH, wollen dies aber nicht, da sie ihre Krankheit nicht anerkennen. Hotel sieht aus wie ein Hotel inkl. Rezeption, ist aber ein Angebot des §67, Personal vom gemeindepsychiatrischen Zentrum, Wunsch die Menschen an die EGH anzubinden, funktioniert jedoch nicht
- 67er Hilfen sehr gut gestaltbar, es kann viel entstehen
- Pflegebedürftige Menschen, Beispiel Stuttgart: Es gibt kaum Plätze in Pflegeheimen für diese Personengruppe, kaum möglich Personen in ein Pflegeheim zu vermitteln

(keine Familie, keine gesetzlichen Betreuer). Ordnungsrechtliche Unterkünfte in Stuttgart gar nicht dafür vorgesehen, Menschen mit pflegerischem Bedarf aufzunehmen

- Landkreis Esslingen hat ebenfalls ein Defizit was Unterkünfte für Personen mit Pflegebedarf
- Für viele Sachen wird demonstriert, unsere Veranstaltung ist vertretend für die Gruppe, die nicht auf die Straße geht
- Es braucht ein anderes Bild für wohnungslose Menschen, es braucht menschenwürdige Unterkünfte, es braucht mehr Bewusstsein für diese Personengruppe

Zur angespannten Wohnungsmarktlage:

- Beispiel Stadt Ostfildern: Bekommen Wohnungen von privaten Vermietern und übernehmen die Verwaltung für zwei Jahre für diese Wohnung. Funktioniert es, wird mit dem Mieter direkt ein Mietvertrag geschlossen (mit „Garantien“)
- Beispiel Heimstatt e.V.: Oftmals hilft es, wenn Vermieter wissen, da ist ein sozialer Träger im Hintergrund ist
- Ähnliche Projekte gibt es bereits in Karlsruhe